

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

112 (15.5.1919)

# VOLKSFREUND

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkasten monatl. 1,80 M., vierteljährl. 5,00 M., zugestellt durch unsere Träger monatl. 1,40 M., vierteljährl. 4,20 M.; durch die Post 1,44 M. bezw. 4,32 M. vorauszahlbar. Ausgabe: Werktag mittags; Geschäftszeit: 1/2 8-1/2 11 und 2-1/2 6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Typsetz. Kolonelleile od. deren Raum 25 3, zugügl. 30 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 9 norm. für größ. Aufträge nachm. zuoor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

### Sozialismus und Demokratie in den Staats- und Gemeindebetrieben.

Durch die siegreiche Revolution in Deutschland hat sich eine gründliche Umwälzung vollzogen auf dem Gebiete der Staats- und Gemeindepolitik, insofern an die Stelle der früheren Herrschaft der Aristokratie und Bürokratie das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse getreten ist. Auch durch die Wahl zu den staatlichen und städtischen Parlamenten wird sich das Proletariat einen größeren politischen Einfluß erobern als bisher. Damit ist allerdings auch nicht gesagt, daß die soziale Demokratie in den staatlichen und städtischen Betrieben bereits den Sieg errungen hat, es ist vielmehr noch sehr viel Arbeit zu leisten, ehe sie gesichert und völlig durchgeföhrt worden ist. Es genügt ja nicht, daß über einem Staatsgebäude oder einem Rathause die rote Fahne weht, es muß auch der „rote Geist“ in die Betriebe eingehen. Die Köpfe der maßgebenden Berufenen müssen revolutioniert und ihre Herzen müssen sozialisiert werden, wenn der gewünschte Erfolg der Revolution erzielt werden soll. Die hauptsächlichste und schwierigste Arbeit steht erst noch bevor; die vollzogene Revolution ist nur die Vorbereitung zur Verwirklichung der sozialistischen und demokratischen Forderungen. Wenn Deutschland wirklich ein freier Volksstaat werden soll, in dem das Volk nach eigener Entschiedenheit seine Geschicke selbst in die Hand nehmen kann, so muß vor allen Dingen in den Staats- und Gemeindebetrieben der Geist des Sozialismus und der Demokratie lebendig werden.

Die erste und wichtigste Forderung, die gestellt und erfüllt werden muß, ist die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im sozialistischen Sinne. Daß auf diesem Gebiete noch vieles im argen liegt, braucht hier nicht erst nachgewiesen zu werden. Es herrscht ein durchaus unsoziales Verhältnis zwischen dem Gehalt der höheren Beamten und der Entlohnung der Unterbeamten und der Arbeiter. Diese Ungleichheit und Ungerechtigkeit, die ein Kohn sind auf den Sozialismus, muß so rasch und gründlich, wie nur möglich, beseitigt und durch eine gerechte Entlohnung ersetzt werden. Der Sozialismus verlangt, daß jeder Mensch, also auch jeder Staats- und Gemeindearbeiter, der seine Pflicht und Schuttpflicht tut, so entlohnt wird, daß er ein menschenwürdiges Dasein zu führen vermag.

Auch in bezug auf die Arbeitsbedingungen ist noch manches zu bessern. Es muß Ernst gemacht werden mit der Forderung, daß eine geregelte Arbeitszeit und eine normale Arbeitsweise neben einem ausreichenden Lohn durchzuführen ist. Der Kapitalismus treibt Raubbau mit Menschenkraft, Menschengeundheit und Menschensittlichkeit. Der Sozialismus will menschlichen und planmäßig Menschlichkeit nehmen auf das körperliche und seelische Wohlbefinden der Arbeiter. Er will es nicht mehr zugeben, daß der Mann und die Frau aus den Unterirdischen leben wie die Hunde und arbeiten wie die Pferde. Und zwar erstrebt er dies nicht nur aus Gründen einer höheren Sozialgerechtigkeit, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Gründen.

Ein weiterer Punkt, der dringend eine sozialistische Beeinflussung bedarf, ist die Beherrschung der Unternehmungen durch die Vorgesetzten. Wir wissen ganz gut, daß in jedem größeren Betriebe, in dem zahlreiche Arbeiter nach einem bestimmten Plane beschäftigt werden, eine Ueber- und Unterordnung und eine straffe Disziplin nötig ist, wir wissen aber auch, daß sich diese Disziplin sehr wohl mit einer anständigen, gerechten Behandlung vereinbaren läßt. Die Vorgesetzten, besonders die, die sie nach dem Willen und nach dem Willen, haben Anspruch auf Autorität, aber sie sollen es auch verdienen, sich kollegialisch zu benehmen.

Nicht minder ist es eine unabwendbare Notwendigkeit, daß in den vom Geiste des Sozialismus erfüllten Staats- und Gemeindebetrieben ein Emporkommen von den unteren Stellen zu den oberen mehr als bisher ermöglicht wird. Jeder Arbeiter und Angestellte, der die nötige Vorbildung besitzt oder der sich die nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten angeeignet hat, muß die Möglichkeit haben, in eine höhere Stelle aufzusteigen. „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ muß auch hier die Parole sein. Nicht mehr darf die Herkunft oder das Vermögen und die soziale Stellung der Eltern den Maßstab bilden für die Art der Beschäftigung. Ebenfalls ist die Wettbewerbsfähigkeit und Produktion die bekannte unheilvolle Mause zu brechen, lediglich die Tüchtigkeit und die Willensstärke sollen den Ausschlag geben bei der Belegung der Stellen. Wenn dieses System durchgeführt worden ist, wird sich ein nie gekannter Arbeitsreiz entwickeln und ein reger Wettkampf in den Leistungen, was den Betrieben nur zum Heile gereichen wird.

Um die sozialistischen Forderungen in den Betrieben zu verwirklichen, ist eine Demokratisierung der Betriebe erforderlich. Die Arbeiter und Angestellten müssen das Mitbestimmungsrecht bekommen in allen jenen Dingen, die sich auf das Arbeitsverhältnis beziehen. Die Leitung darf nicht mehr die Alleinherrschaft ausüben und selbstherrlich regieren, wie es in früheren Zeiten die Fürsten taten, es ist vielmehr grundätzlich daran festzuhalten, daß die in einem Betriebe Beschäftigten ein Wort mitzureden haben. Konstitutionalismus, Demokratie in den Betrieben ist die große Forderung der Neuzeit, durch deren Verwirklichung die poli-

tische Demokratie ergänzt und gesichert werden muß. Die wichtigsten Angelegenheiten, die dem Mitbestimmungsrecht unterliegen, sind die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Anstellung, Beförderung der Unterbenen durch die Vorgesetzten. Ein besonders heikler Punkt ist die Frage der Beförderung, weil hier vielfach noch ungerechte und unbillige Gesichtspunkte gehandelt wird, und die Frage der Entlassung, weil hier ebenfalls eine große Ungerechtigkeit herrscht. Der Arbeiterausschuß im Bunde mit der Gewerkschaft muß das Recht haben, in jedem einzelnen Fall zu prüfen, ob die Entlassung zu Recht oder zu Unrecht erfolgt ist, damit die Existenz eines jeden Arbeiters nach Möglichkeit gesichert ist.

Wie der Augenstein lehrt, lassen sich alle die erwähnten Forderungen, deren Verwirklichung und Durchführbarkeit kein vernünftiger Mensch bestreiten kann, in die eine große Forderung zusammenfassen, daß die Staats- und Gemeindebetriebe mit sozialistischem und demokratischem Geiste erfüllt werden müssen. Der alte Eckendrian mit seinem Kosengeist und Ständebüßel, mit seiner Bevormundung und seiner Ungerechtigkeit muß ausgerottet und durch den Geist der Solidarität und der Menschlichkeit ersetzt werden. Der innere Wert des Arbeiters, der auf seiner Tüchtigkeit, seiner Ehrlichkeit und seiner soliden Charaktereigenschaften beruht, soll sich vermindern mit der äußeren Macht, die aus der organisatorischen Verbindung zahlreicher gleichgestimmter und gleichstrebender Genossen entspringt, und diese Vereinigungen genossenschaftlicher und wirtschaftlicher Kräfte wird der Arbeiterklasse die Möglichkeit geben, ihre Forderungen durchzusetzen. Darum muß es die Freude und der Stolz jedes Staats- und Gemeindearbeiters sein, an der Verwirklichung des Sozialismus und der Demokratie teilhaftig mitzuarbeiten zum Heile seines Vaterlandes und zum Wohle des gesamten Volkes.

Darum für Alle, die ihr Wohl, das die Gemeindeverwaltung, der Kapitalismus aus den Rathäufern verdrängt und dem Sozialismus und der Demokratie Weg macht:

Wählt sozialdemokratisch!

### Die Verhandlungen in Versailles. Deutsche Gegennoten.

14. Mai. Im Hotel des Reservoirs brachte Reichsminister Graf Brockdorff heute abend der gesamten Delegation die drei Notizen zur Kenntnis, welche er heute an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Clemenceau, gerichtet hatte. In den einleitenden Bemerkungen wies Graf Brockdorff darauf hin, daß der Friedensvertrag in der gegenwärtigen Form für Deutschland unannehmbar sei, und daß er auch von deutscher Seite nicht unterzeichnet werden könne, weil es unmöglich sei, ihn zu erfüllen und weil die deutsche Delegation nichts unterzeichnen würde, was sie nicht zu erfüllen beabsichtigt. Ministerpräsident Scheidemann habe in seiner Rede denselben Standpunkt eingenommen und auch seiner Uebereinstimmung mit der bisherigen Haltung der deutschen Delegation Ausdruck gegeben. Die Delegation werde sich bemühen, den Vertrag so zu verbessern, daß seine Unterzeichnung möglich werde. Er rednete dafür auf die volle Mitarbeit aller Mitglieder der Delegation. Die Ausführungen des Ministers wurden mit allgemeiner Zustimmung aufgenommen.

### Einwände und Gegenvorschläge der deutschen Delegation.

14. Mai. Dritte Note, Herr Präsident! Die deutsche Friedensdelegation hat aus dem Schreiben Cenerer Erzelens vom 10. ds. Mts. entnommen, daß sich die alliierten und assoziierten Regierungen bei Befassung der Bedingungen des Friedensvertrages häufig von den Grundfögen haben leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen werden sind. Die deutsche Delegation will selbstverständlich diese Grundlagen nicht in Zweifel ziehen, sie muß sich aber das Recht vorbehalten, auf die Bedingungen hinzuweisen, die nach ihrer Auffassung mit der Absicht der alliierten und assoziierten Regierungen in Widerspruch stehen.

Ein solcher Widerspruch springt besonders in die Augen bei den Bedingungen des Vertragsentwurfs, die sich auf die Abtretung verschiedener, von deutscher Bevölkerung bewohnter Teile des Reiches beziehen. Abgesehen von der Aufgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich und der Befestigung des Rheins, auf welche beiden Punkte ich mir vorbehalten, später einzugehen, wird Deutschland die geistliche oder dauernde Unterstellung folgender deutscher Gebiete unter fremder Herrschaft angeschlossen, das Saargebietes, der Kreise Eupen und Malmedy sowie Preussisch-Warednet und Däpreußen (hier folgen im Telegramm einige verümmelte Worte).

Die deutsche Delegation verkennt nicht, daß für eine Reihe von Bestimmungen und territorialen Forderungen, die im Friedensentwurf enthalten sind, der Grundfögen der nationalen Selbstbestimmung geltend gemacht werden kann, weil gewisse, bisher von deutscher Seite beherrschte Bevölkerungsgruppen, z. B. die polnischen, sich als nichtdeutsch betrachten. Auch in der Frage von Schleswig sind nationale Gründe anzuerkennen, wenn gleich die deutsche Delegation nicht einsehlich, mit welcher Vollmacht die alliierten und assoziierten Regierungen die deutschen Deutschland und Dänemark zu regelnden Grenzfragen zum

Gegenstand der Friedensverhandlungen machen. Die neutrale dänische Regierung weiß, daß die gegenwärtige deutsche Regierung immer bereit gewesen ist, sich mit ihr über eine solche, dem Prinzip der Nationalität entsprechende Grenze zu verständigen. Wenn die dänische Regierung es trotzdem vorziehen sollte, ihre Ansprüche auf dem Umwege über die Friedensverhandlungen zu betreiben, so ist die deutsche Regierung nicht gewillt, hiergegen Widerspruch zu erheben.

Die Bereitschaft der deutschen Regierung erstreckt sich aber nicht auf jene Gebiete des Deutschen Reiches, die nicht unzweifelhaft von einer Bevölkerung fremden Stammes bewohnt sind. Vor allen Dingen hält sie es für unzulässig, daß durch den Friedensvertrag zum Zwecke, finanzielle oder wirtschaftliche Forderungen der Gegner Deutschlands zu sichern, deutsche Bevölkerungen und Gebiete von der bisherigen Souveränität zu einer anderen verschahert werden, als ob sie bloße Gegenstände oder Steine in einem Spiele wären.

Dies gilt insbesondere von dem Saargebiet. Daß hier eine rein deutsche Bevölkerung wohnt, bestreitet niemand. Trotzdem sieht der Friedensentwurf einen Uebergang der Herrschaft in diesem teils preussischen, teils bayerischen Gebiet an Frankreich vor, die zu einer vollkommenen Vermischung im Hinblick auf Volkverhältnisse, Minderheiten, Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung führen muß, zum mindesten aber die Bevölkerung des Saargebietes mit dem übrigen Reiche in allen diesen Beziehungen vollkommen auslöst.

Daß die ganze Bevölkerung sich gegen eine solche Loslösung von der alten Heimat mit aller Entschiedenheit wehrt, wird den alliierten Regierungen nicht unbekannt sein. Die wenigen Personen, die anders zu denken vorgeben, weil sie entweder der Macht weichen oder unrechten Gewinn zu sichern hoffen, kommen nicht in Betracht.

Ergebnis wäre man einwenden, daß die Befestigung ja nur für 15 Jahre gedacht ist und daß nach Ablauf dieser Periode eine Abstimmung des Volkes über die künftige Zugehörigkeit entscheiden soll, denn der Rückfall des Gebietes an Deutschland ist davon abhängig gemacht, daß die deutsche Regierung dann in der Lage sein wird, binnen kurzer Frist die sämtlichen Koblenbergwerke des Gebietes der französischen Regierung gegen Gold abzutauschen. Falls die Zahlung nicht geleistet werden kann, soll das Land endgültig an Frankreich fallen, selbst wenn die Bevölkerung sich einstimmig für Deutschland aussprechen hätte. Nach den finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen des Vertrages erscheint es ausgeschlossen, daß Deutschland in 15 Jahren über die entsprechende Menge Gold verfügen können. Ueberdies würde voraussetzlich, wenn das Gold in deutschem Besitz vorhanden wäre, die Entschädigungskommission, die dann Deutschland noch beherrschen würde, eine solche Verwendung des Goldes schwerlich gestatten. Es dürfte in der Geschichte der neueren Zeit kein Beispiel dafür geben, daß eine zivilisierte Macht die andere veranlaßt, ihre Angehörigen als Gegenwert für eine Summe Goldes unter fremde Herrschaft zu bringen.

In der öffentlichen Meinung der feindlichen Länder wird die Abtretung für die Befestigung nordfranzösischer Bergwerke hingestellt. Die deutsche Delegation erkennt an, daß Frankreich für diese Befestigung entschädigt werden muß. Sie gibt auch zu, daß eine Entschädigung in Geld allein der Befestigung der wirtschaftlichen Lage Frankreichs nicht entsprechen würde. Wenn also die Forderung einer Naturalentschädigung als begründet anerkannt wird, so muß und kann die Naturalentschädigung auf einem anderen Wege gesucht werden, als dem einer Fremdherrschaft, die auch bei den menschlichen Absichten der Regierenden immer geblieben ist.

Die deutsche Delegation ist bereit, allfalls mit den alliierten und assoziierten Regierungen in Verhandlungen darüber einzutreten, wie der Ausbau in der Kohlenförderung der ehemals von Deutschland besetzten Gebiete bis zur Herstellung der zerstörten Gruben, zu der sie sich verpflichtet hat, erfüllt werden kann. Dabei würde sie vorschlagen, anstelle des rohen und unangemessenen Erlasses durch die Ueberweisung des Saaroblenbedens und die Uebertragung der dortigen Kohlengruben einen billigen Ausgleich zu suchen. Anstelle der ausfallenden nordfranzösischen Kohlen würden deutsche Kohlen, und zwar nicht nur Saarkohlen, sondern auch Ruhrkohlen zu liefern sein. Abgesehen davon, daß es verkehrspolitisch ungewinnlich wäre, gerade die Saarkohle, die bisher ein ganz anderes natürliches Absatzgebiet hatte, ausschließlich für jene Erfindung zu benutzen, erscheint die Veranachlässigung des Ruhrgebietes auch deshalb unentbehrlich, weil die jetzigen Bezirke auf die Erzeugnisse des Ruhrgebietes mehr als auf die des Saargebietes angewiesen sind. Die deutsche Delegation ist überzeugt, daß sich über eine solche Kohlenlieferung unschwer ein Abkommen treffen lässe, das allen berechtigten Forderungen Frankreichs Genüge täte. Voraussetzung wäre nur, daß die Sachverständigen beider Parteien sich unmittelbar miteinander in Verbindung setzen und die Bedingungen der Lieferung auf geschäftliche Basis in mündlichen Verhandlungen ausarbeiten.

Was Belgien anlangt, so ist Deutschland bereit, die Schäden Belgiens in vollem Umfange auszumachen. Es ist daher kein Grund dafür zu erkennen, weshalb es gewonnen sein soll, Preussisch-Warednet sowie die Kreise Eupen und Malmedy abzutreten. Es ist keinerlei Beweis dafür zu erkennen, daß diese Kreise von einer unzweifelhaft nichtdeutschen Bevölkerung bewohnt werden. Die Volksabstimmung, mittels deren man der Bevölkerung der Kreise scheinbar eine Mitbestimmung an ihrem künftigen Schicksal geben will, hat daher nach den vereinbarten Friedensgrundfögen keine innere Berechtigung. Nach dem Friedensentwurf soll sie aber nicht ausfallgebend sein, vielmehr würde eine Instanz, an der Deutschland in keiner Weise beteiligt ist, auch dann nach freiem Ermessen über die Zukunft des Gebietes bestimmen, wenn die Bevölkerung ihren Willen kundgeben hätte, bei Deutschland zu verbleiben. Diese Anordnung ist an sich unbedenklich und widerspricht den Grundfögen, daß keine nationalen Bestrebungen Befriedigung gewährt werden solle, wenn dadurch neue Elemente von Zwist und Unfriede geschaffen würden.

Die deutsche Delegation behält sich vor, auf die Bestimmungen über die territorialen Veränderungen im Osten des Reiches in einer besonderen Note zurückzukommen. Genehmigen Sie usw.

### Protestbewegung.

Stuttgart, 14. Mai. Heute abend fanden in Stuttgart in acht Versammlungen massvolle Kundgebungen gegen den Gewaltfrieden statt. Im Anschluß an die Kundgebungen der Mitglieder aller Parteien der Landesversammlung mit Ausnahme der U.S.P. gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der das württembergische Volk zusammen mit den deutschen Staatsgliedern in allen Teilen des Reiches gegen den Versuch, rein deutsche Teile und Städte vom Reich loszulösen und gegen die Absicht, uns wirtschaftlich derart zugrunde zu richten, daß Millionen von Volksgenossen entweder den Hungerlöffel erleiden oder auswandern müssen, flammender Protest erhoben und sich mit der aus ihr hervorgegangenen Regierung einmütig hinter die Reichsregierung stellt, wenn diese die Unterzeichnung des uns zugemuteten Gewalt- und Nachfriedens ablehnt.

Berlin, 13. Mai. (M.B.) Massenkundgebungen für einen Nachfriedensverzicht heute nachmittags die mehrheitssozialdemokratische Partei auf dem Königsplatz. Schon lange vor der festgesetzten Stunde fanden sich gewaltige Menschenmassen ein. Die Abendausgabe des „Vorwärts“ wurde in Massen verteilt. Der Leitartikel des Reichspräsidenten Ebert „Die Arbeiter können Deutschland retten“ sowie sein Appell an die amerikanische Demokratie wurden eifrig besprochen. Um all den Leuten die Möglichkeit zu geben, auch die Redner zu verstehen, wurde gleichzeitig von der Freitreppe des Reichstagsgebäudes, Bismarckdenkmal, an der Siegesallee und am Eichen Hindenburg gesprochen. Führende Männer der Sozialdemokratie und deutsche Landeskriegs aus den besetzten Gebieten hielten Ansprachen. Die Redner wurden vielfach durch Bravouristen und Handclatschen unterbrochen.

Berlin, 13. Mai. (M.B.) Die Juristische Gesellschaft zu Berlin legt einmütig Verwahrung gegen die von der Entente dem deutschen Volke angebotenen Friedensbedingungen ein. Sie erblickt in ihnen den Versuch der unerbittlichsten Vergewaltigung des Nachgedankens, der jemals in der Weltgeschichte einem großen Kulturvolke gegenüber unternommen wurde. Sie erwartet von der Reichsregierung, daß sie fest bleibt in dem Entschlusse der Ablehnung dieser Bedingungen, gleichviel, welche Folgen daraus erwachsen mögen.

Spaa, 13. Mai. (M.B.) Die amerikanische Zeitung „Tribune“ sagt zu den Friedensbedingungen: Seit Rathbago ist ein solcher Friede nicht diktiert worden. Einst wird man warnen: Denkt daran, was Deutschland passiert ist, wenn auch in Ächt. — „New-York Sun“ fordert, daß der Senat Abänderungsvorschläge mache.

#### Protest der Unabhängigen.

Berlin, 14. Mai. Die Unabhängigen Sozialdemokraten hatten in 39 Sälen Groß-Berlins Versammlungen gefeiert, um die Tagesordnung: „Warum das deutsche Volk den Frieden unterzeichnen muß“ einberufen. Es sprachen u. a. Hugo Saage. Er betonte, daß das gesamte Proletariat den Diktatfrieden umstoßen und eine Verständigung der Völker herbeiführen würde. Die unabh. sozialdemokratische Partei erklärt gegen den Gewaltfrieden einen Protest, in dem es u. a. heißt: Des Nachfolgers letzte Hoffnung ist der Schwel nach Genächtigkeit. Protestiert! Der Protest Frankreichs vor nahezu fünf Jahrzehnten hat die Welt ein halbes Jahrhundert lang beherrscht. Unser Protest gegen das heutige Unrecht ohne Beispiel in der Weltgeschichte wird das Schicksal der Völker für die kommenden Jahrhunderte bestimmen. Protestiert! Fordert Gerechtigkeit!

#### Ein Frauen-Protest.

Büch, 14. Mai. In der heutigen Sitzung des internationalen Frauenkongresses kritisierte Mich Snowden aufs schärfste die Bedingungen, wobei sie vielfach von kurzen Besprechungen von Seiten der englischen und der amerikanischen Friedensdelegation unterbrochen wurden. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, in der es heißt: Die finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen des Entwurfs verdammen eine Nation von 100 Millionen Menschen im Herzen von Europa zur Verleumdung, Verwundung und Verleugung, was in sich selbst liegt. In diesem Gefühl der Verantwortlichkeit fordert der internationale Frauenkongress die verbündeten Regierungen auf, die Bedingungen so zu verbessern, daß der Friede in Einklang

gebracht werde mit den von Präsident Wilson zuerst aufgestellten Grundfäden. Die Ehre der verbündeten Nationen ist mit der loyalen Durchführung dieser Grundfäden verknüpft. Die Entschließung wurde drahtlos nach Paris gemeldet.

Büch, 14. Mai. Schweizerische Depechen-Agentur. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des internationalen Frauenkongresses teilte der Vorsitzende mit, daß die Resolution zur Hungerklage in noch etwas schärferer Form sich für die Aufhebung der Blockade und die unverzügliche Verjüngung der ausgehungerten Gebiete ausspricht. Es wurde beschlossen, praktische Vorschläge zu dem Völkerbundsamtouri nach Paris zu senden. Daran wurden die Verhandlungen auf heute vertagt.

#### Die Erbitterung in Westpreußen.

Wie den „P. P. N.“ mitgeteilt wird, haben im Namen der gesamten deutschen Bevölkerung der Stadt und des Kreises Rastatt und aller Truppen der Kreiswehrmacht, der Magistrat und der deutsche Volksrat folgende Kundgebung erlassen:

Mit ungeheurer Erbitterung haben wir die Friedensforderungen der Alliierten gelesen, sie sind ein schamloser Verrat an uns, da uns von unseren Feinden einverleibt auf Grund der Wilsonschen Punkte zugesichert war, als wir die Waffen niedergelegten. Wir polener Flüchtlinge, vertrieben von Haus und Hof, durch die völkerverwundliche polnische Besetzung der Provinz, sollen dadurch unsere Heimat für immer verlieren. Dagegen erheben wir flammenden Einspruch und erklären feierlich, daß wir unser heiligstes Heimatsrecht nicht mit Füßen treten lassen wollen. Mit den Waffen in der Hand werden wir ihm Geltung verschaffen, wenn es durch Verhandlungen nicht gelingt, einen Nachfriedens zu erwirken.

Unterzeichnet ist diese Kundgebung von Deutschen Heimatbund polener Flüchtlinge, Ortsgruppe Rastatt.

#### Die Stimmung in Oberschlesien.

Das Rastatt wird erfahren die „P. P. N.“: In Oberschlesien herrscht unter dem Druck der außenpolitischen Lage wirtschaftlich und politische vollkommene Ruhe und Einigkeit. Selbst die polnischen Arbeiter, die früher für den Anschluß an Polen lebhaft agitiert haben, sind durch die vollendete Tatsache der vorliegenden Friedensbedingungen in sehr gedrückter Stimmung. Von Oberschlesien geht ein Regen von Protesttelegrammen aus. Vor allem die Gregorje Lubinski, Rosenbergs und Kreuzburgs, die als besonders polnisch bekannt waren, weichen sich jetzt in entscheidenden Protesten gegen die Forderung von deutschen Reich. Nebenbei finden spontane Kundgebungen und Versammlungen statt. In Gleiwitz protestierten z. B. 4000 schlesische Lehrer.

### Die Rede Scheidemanns und die Auslandspresse.

Stuttg., 14. Mai. „Get Volk“ äußert in einem Artikel zur Rede Scheidemanns in der Nationalversammlung die Ansicht, daß der einzige Weg, der eingeschlagen werden könne, der sei, alle Segel zu hissen, um zu erreichen, daß der Friedensvertrag so viel wie möglich gemildert werde. Der Weg, den Graf Brockdorff-Rantzau in Paris eingeschlagen habe, sei der einzig richtige. Es erlaube nicht ausgeschlossen, daß durch seine ruhige Diplomatie, durch die er bereits dreimal Siege errungen habe, einige Bestimmungen gemildert würden. Die Gegenpartei würde vor einem neuen Problem stehen, wenn Deutschland nicht unterzeichne. Es sei zwar leicht genug zu erklären, daß die Alliierten Armeen in diesem Falle vorzürücken würden, aber es würde den regierenden Personen in Paris, London und Washington nicht leicht fallen, mit einer neuen militärischen Unternehmung zu beginnen.

Paris, 14. Mai. Zu der Rede Scheidemanns, welche von der gesamten Presse abgedruckt wird, liegen in der heutigen Morgenpresse auffallend wenig Kommentare vor. „Le Petit Journal“ ist von den heftigen Protesten Scheidemanns in der Nationalversammlung gegen die Friedensbedingungen nicht übertrübt, denn jeder Verurteilte protestiere, wenn die Stunde der Sühne nahe. Trotz aller Wiedersprüche Scheidemanns und seiner Komplizen, die früher die Menschenrechte mit Füßen getreten hätten, könne man von einer Ungerechtigkeits nicht sprechen. In völliger Verleumdung der Sachlage wege Scheidemann sich anscheinend immer noch in der Hoffnung, daß der Vertrag das Schicksal des Presti-Bittener Vertrages haben werde. Die Alliierten würden jedoch beweisen, daß Deutschland sich wiederum täusche. — „Le Globe“ erklärt: Wenn Scheidemann sich von den Grundsätzen der Gewaltlosigkeit und den hohen moralischen Grundsätzen ablenkt, will er nur vermeiden, daß alle Kräfte Deutschlands zur Wiedergutmachung verwendet werden so-

len. Deutschland wolle den Krieg und muß bezahlen. Dies ist die Vorbedingung des Friedens.

#### Auch Portugal will Entschädigung.

Amsterdam, 13. Mai. Dem „Telegraaf“ zufolge melden die „Times“ aus Lissabon, die gesamte portugiesische Presse schreibe zu der Meldung, daß Alfonso Costa am 6. Mai in Paris gegen den Vorschlag Wilsons, die Forderung Portugals auf eine Entschädigung von 325 500 000 Pfund Sterling nicht anzunehmen, protestiert habe. Portugal habe für seine Unterstützung im Kampfe für das Recht keine einzige territoriale oder wirtschaftliche Vergütung erhalten und befände sich daher in einer noch schwierigeren Lage als das geschlagene Deutschland.

### Der Prozeß gegen die Mörder Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Berlin, 14. Mai. Im Liebknecht-Luxemburg-Prozeß beantragte nach längerem Plädoyer der Vertreter der Anklage folgende Fragen: Gegen Runge wegen eigenmächtigen Verlassens eines Postens im Felde, Verstoß des Lotzschlages und gefährlicher Körperverletzung unter Mißbrauch der Dienstwaffe in zwei Fällen, ferner wegen Gebrauchs falscher Papiere eine Gesamtstrafe von 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis, zwei Wochen Haft, ferner Verlust der Ehrenrechte auf 4 Jahre und Entfernung aus dem Heere. Gegen die Leutnants Siegel, von Rieppgen und Die mann, sowie gegen den Kapitänleutnant Horst von Flugl-Sartung wegen Verbrennens gegen § 211 die Todesstrafe, Dauerverlust der Ehrenrechte und Entfernung aus dem Heere. Gegen Oberleutnant Vogel die Freisprechung wegen Duldens strafbarer Handlungen seitens Untergebener, dagegen Verurteilung in Verbindung mit § 41 Abs. 2 des St.G.B. 5 Jahre Zuchthaus, ferner wegen Verleumdung des Reichspräsidenten 6 Wochen Gefängnis, wegen wissenschaftlicher Fälschung 5 Wochen Gefängnis, eine Gesamtstrafe von 5 Jahren 1 Monat Zuchthaus, eine Woche Haft, Entfernung aus dem Heere. Gegen den Angeklagten Schulze und Hauptmann von Flugl-Sartung wurde Freisprechung beantragt.

#### Das Urteil.

Berlin, 14. Mai. Nach 4 1/2 stündiger Beratung fällt das Gericht folgendes Urteil: Es wurden verurteilt der Gutsarzt Daller Runge wegen Hochvergehens im Felde, verurteilt Lotzschlag in Verbindung mit gefährlicher Körperverletzung, Mißbrauch der Dienstwaffe in zwei Fällen, in einem Falle in Tateinheit mit erzwungenen Wadervergehens im Felde zu 2 Jahren Gefängnis und 2 Wochen Haft, sowie 4 Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte Oberleutnant Kurt Vogel wegen erzwungenen Wadervergehens im Felde in Tateinheit mit Mißbrauch der Dienstwaffe und vorräucher Fälschung zu 2 Jahren und 4 Monaten Gefängnis und Dienstentlassung. Von der Anklage der Zudlung strafbarer Handlungen Untergebener und erzwungenen Wadervergehens im Felde, sowie des Mordes wurde er freigesprochen. Ferner wurden verurteilt der Leutnant der Res. Rudolf Liebmann wegen unbedingte Anwendung seines Verwehrensrechts und Benützung zu 6 Wochen erzwungenen Zuchthausstrafe. Von der Anklage des Mordes wurde er freigesprochen. Die übrigen Angeklagten, Kapitänleutnant Horst von Flugl-Sartung, Oberleutnant z. S. Ulrich von Nietken, Leutnant z. S. Heinrich Schage, Leutnant z. S. Bruno Schulze und Hauptmann Heinz von Flugl-Sartung wurden freigesprochen.

#### Lewine verhaftet.

München, 14. Mai. Der bekannte Kommunistenführer Lewine-Nischen, einer der führenden Köpfe der Münchner Arbeiterrepublik ist heute Nacht verhaftet worden. Gegen Lewine war bereits vor einiger Zeit ein Haftbefehl erlassen und auf seine Ergreifung eine Belohnung von 10 000 M gesetzt worden.

#### Die polnischen Transporte.

Berlin, 13. Mai. Wie verschiedene Morgenblätter unter Vorbehalt aus der polnischen Presse mitteilen, sind die Transporte der polnischen Truppen durch Deutschland aus unbekanntem Grund eingestellt worden. Eine Pariser Meldung nach Warschau besagt, die polnische Armee werde mit größter Beschleunigung auf dem Seewege befördert. Die Landungsstelle werde geheim gehalten. Man vermutet Riga oder Libau.

### Aquis submersus.

Novelle von Theodor Storm.

17 Ueberfiel mich aber danach die allerschwerste Ungeduld, so daß ich gegen den Willen des Chirurgen und bevor im Walde drüben noch die letzten Blätter von den Bäumen fielen, meine Reise ins Werk setzte; langete auch schon nach kurzer Frist wohlbehalten in der holländischen Hauptstadt an, alldo ich von meinen Freunden gar lieblich empfangen wurde, und machte es auch ferner vor ein glücklich Zeichen wohl erkennen, daß zwei Bilder, so ich dort zurückgelassen, durch die hilfsbereite Vermittlung meines theueren Meisters von der Gestalt beide zu ansehnlichen Preisen verkauft waren. Ja, es war dessen noch nicht genug; ein mir schon früher wohl gewogener Kaufherr ließ mir sagen, er habe nur auf mich gewartet, daß ich für sein noch dem Haag verheiratetes Töchterlein sein Bildnis malen möchte; und wurde mir auch sofort ein weicher Lohn dafür versprochen. Da dachte ich, wenn ich solches vollendete, daß dann genug des besten Metalles in meinen Händen wäre, um auch ohne andere Mittel Katharinen in ein wohl bestelltes Heimchen einzuführen.

Machte mich also, da mein fremdlicher Gönner deselben Sinnes war, mit allem Eifer an die Arbeit, so daß ich bald den Tag meiner Abreise gar frohlich nah und näher rücken sah, unachsend, mit was vor süßen Ansätzen ich drüben noch zu kämpfen hätte.

Aber des Menschen Auge sehen das Dunkel nicht, das vor ihm ist. — Als nun das Bild vollendet war und reichlich Lob und Geld um dessen willen mir zu Theil geworden, da konnte sich nicht fort. Ich hatte in der Arbeit meiner Schwäche nicht gedacht, die schlecht geheilte Wunde warf mich wiederum davorn. Eben wurden zum Weihnachtsfest auf allen Straßenpflügen die Waffelbuden aufgeschlagen, da begann mein Schickung und hielt mich länger als das erste Mal gelehrt. Zwar der besten Arzneikunst und fleißiger Freundespflege war kein Mangel, aber in Monaten sah ich Tag um Tag

vergehen, und keine Kunde konnte von ihr, keine zu ihr kommen.

Endlich nach harter Winterzeit, da der Februartag wieder seine grünen Wälder schlug, geleiteten die Freunde mich zum Hafen; aber statt des trohen Mutes nahm ich ihr kühner Herzensjunge mit an Bord. Doch ging die Reise rauch und gut von Statten.

Von Hamburg aus fuhr ich mit der königlichen Post; dann, wie vor nun fast einem Jahre hievor, wanderte ich zu Fuß durch den Wald, an dem noch kaum die ersten Spitzen grünen. Zwar proben schon die Finken und die Ammern ihren Lenzgefang; doch was kümmerten sie mich heute! — Ich ging aber nicht nach Herrn Gerhardus Berenquist; sondern, so stark mein Herz auch klopfte, ich bog seitwärts ab und schritt an Waldesrand entlang dem Dorke zu. Da stand ich bald in Hans Ottens Arng und ihm gar selber gegenüber. Der Alte sah mich fest an, er meinte aber dann, ich lasse ja recht munter. „Nur“, sagte er bei, „mit Schickhölchen mißsetzt Ihr nicht wieder spielen; die machen ängere Fleden als so ein Malerphel.“

Ich ließ ihn gern bei solcher Meinung, so wie ich wohl merkte, hier allgemein verbreitet war, und thot's dorthin erste eine Frage nach dem alten Dieterich.

Da mußte ich vornehmen, daß er nach vor dem ersten Winterkame, wie es so starken Leuten wohl passet, eines vöthlichen, wenn auch gelinden Todes verfahren sei. „Der freuet sich“, sagte Hans Ottens, „daß er zu seinem alten Herrn da droben kommen; und ist für ihn auch besser.“

„Amen!“ sagte ich; „mein herz. Se: aller Dieterich!“ Und ob er mein Herz nur, und immer kanner, noch eine Rundschau von Katharinen seute, nahm meine huchstame Junge einen Umweg, und ich sprach bekommen: „Was machet denn Euer Nachbar, der von der Rast?“

„Do“, lachte der Alte; „der hat ein Weib genommen, und eine, die ihn schon zu Nichts legen wird.“

Nur im ersten Augenblick erschraf ich, denn ich sagte mir zugleich, daß er nicht so von Katharinen reden würde; und

da er dann den Namen nannte, so woz ein ältlich, aber reiches Fräulein aus der Nachbarstadt; so kochte also mutig weiter, wie's drüben in Herrn Gerhardus Haus bestellet sei, und wie das Fräulein und der Junker mit-mander haireten.

Da warf der Alte mir wieder seine schamen Blide zu. „Ihr meinet wohl“, sagte er, „daß alle Thürrn und Mauern nicht auch plaudern können!“

„Was soll's der Rede?“ rief ich; aber sie fiel mir ozelnrethwer auf Herz.

„Nun, Herr Johannes“, und der Alte lachte mir gar zuberstlich in die Augen, „wo das Fräulein hinkommen, das werdet Ihr am besten wissen! Ihr seid bereit im Herbst ja nicht zum letzten hier gewesen; nur wunder't sich, daß Ihr noch einmal wiederkommen; denn Junker Wulf wird, dem ich, nicht eben gute Wien zum bösen Spiel gemacht haben.“

Ich sah den alten Menschen an, als sei ich selber hinterstimmig worden; dann aber kam mir vöthlich ein Gedanke. „Un-geldkemann!“ schrie ich, „Ihr glaubet doch nicht etwan, das Fräulein Katharina sei mein Eheweib geworden?“

„Nun laßt mich nur los!“ entgegnete der Alte — denn ich stüllete ihn an beiden Schultern. — „Was geht's mich an! Es geht die Rede so! Auf alle Fäll; seit Neujahr ist das Fräulein im Schloß nicht mehr gesehen worden.“

Ich thot mir ihm zu, derzeit sei ich in Holland krank gelegen; ich wisse nichts von alledam.

Ob er's geplaudert, weiß ich nicht zu sagen; allein er gab mir kund, es solle dormal ein unbekannter Geisteslicher zur Nachtzeit und in großer Geheimlichkeit auf den Serrenhof gekommen sein; zwar habe Kai' Uriel das Gefinde schon zeitig in ihre Kammer getrieben; aber der Wäde eine, so durch den Thürpakt geschaut, wolle auch mich über den Flur nach der Treppe haben gehen sehen; dann später hätten sie deutlich einen Wagen aus dem Thorhaus fahren hören, und kein seit jener Nacht nur noch Kai' Uriel und der Junker in dem Schloß gewesen.

(Fortsetzung folgt.)





Wichtigkeit für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln im Erntejahr 1919/20. Die Angaben werden von Sachverständigen nachgeprüft. Nichteinhaltung der Vorschriften, wozu auch verspätete Meldung gehört, wird streng bestraft.

Gustav Landauer, der an der Münchener Arbeiterbewegung so hervorragenden Anteil nahm, ist ein geborener Karlsrüher. Wie eine Todesanzeige seiner Angehörigen zu entnehmen ist, ist er doch ein Opfer seiner Ueberzeugung geworden. Gustav Landauer ist am 7. April 1870 geboren und die Ideen des Sozialismus fanden recht früh bei ihm Eingang. Neben dem Verfassen sozialistischer Schriften widmete er sich auch der Dichtung und philosophischen Studien.

Vergessen? Aus dem städtischen Krankenhaus wird uns geschrieben: Nachdem nunmehr den städt. Beamten und Arbeitern mit Rücksicht auf die noch immer zunehmende Teuerung die so nötige Gehalts- und Lohnerhöhung, sowie eine einmalige Zulage bewilligt wurde, fragen sich die Tag- und Nacht um die überaus große Zahl der kranken tätigen Schwestern des städtischen Krankenhauses, warum denn ihnen nicht auch diese Zulage und Erhöhung zufließen sollte, da sie doch auch diese Zulage und Erhöhung verdienen. Die Schwestern beziehen noch immer ihr altes Friedensentgelt von 24 monatlich (1). Daß dieser Betrag bei den heutigen hohen Preisen nicht ausreicht, um Kleider, Schuhe und Wäsche anzuschaffen, muß jedem vernünftig denkenden Menschen einleuchten, die Schwestern sind genötigt, private Vermögen und Ersparnisse aus früherer Zeit zuzusetzen, um die nötigen Ausgaben bestreiten zu können und auch zur Erhaltung der Gesundheit infolge mangelhafter Kost manche Ausgaben zu machen. Eine Organisation der Schwestern ist seither an den Sonderbefreiungen der Ober- und Stationsärzte ge scheitert, obwohl solche in sozialer Hinsicht ein dringendes Bedürfnis wäre.

Wie ein Arzt die Patienten behandelt. Man schreibt uns: Da mein Krankenzugangsstellen anstatt auf meinen Namen auf den Namen meiner Frau ausgefüllt wurde, wurde dieselbe von der Karlsruher des Kommandosbesandes zur Nichtigstellung des Zeugnisses an Herrn Dr. Baumhart I. zurückverwiesen. Anstatt das Zeugnis abzugeben, schrieb er meine Frau an mit den Worten: „Schonen Sie sich zum Teufel, was wollen Sie eigentlich!“ Als meine Frau sagte, daß sie noch ein Rezept für sich erneuern lassen wollte, wiederholte sich dieselbe fadenseltige Vorgang. Eine Besprechung bei der Ärztekammer wurde bis jetzt nicht beantwortet. Das gleiche Benehmen legte Herr Dr. Baumhart meiner Tochter gegenüber an den Tag, weil sie infolge geschäftlicher Verbindung mit Montag schon am Samstag in die Spezialklinik kam. „Sie freches Frauenzimmer, machen Sie, daß Sie hinausstommen!“ schrieb er sie an. Es hat überhaupt den Anschein, wenn Herr Dr. Baumhart einen Kranken sieht, er schon in Erregung gerät. Diese Schilderungen sind für den Arztstand nicht besonders ehren und die Ärztekammer läßt gut, wenn sie sich in ihrem eigenen Interesse zu den Vorgängen äußern würde.

Konzerthaus. Heute wird im Konzerthaus statt „Waldchen des Eremiten“ „Maria“ gegeben. — Samstag gastiert als Orchester in „Hänel und Gretel“ Genetzte Wödlinger vom Landes- theater Koburg auf Verpflichtung.

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

So oft noch die Partei bei vergangenen Wahlen ihre Anhänger aufgefordert hat, mitzuhelfen zur Bewältigung der Wahlarbeit, hat sich erfreulicherweise stets eine große Anzahl dazu bereit gefunden. Auch diese Wahl kostet große Arbeit. Wir eruchen daher unsere Parteifreunde und -Freundinnen, sich zahlreich einzufinden zu der

Flugblatt- u. Stimmzettel-Verteilung,

die am Freitag und Samstag stattfinden soll.

Ausgabe der Flugblätter:

heute Abend 8 Uhr

in folgenden Lokalen:

Oststadt: „Georg Friedrich“, Ecke Georg Friedrich- und Rühlmeierstraße.

Mittstadt: „Alte Linde“, Ecke Rinkel und Adlerstraße.

Südstadt: „Auerhahn“, Schützenstraße.

Mitt- und Südweststadt: „Goldene Krone“, Douglasstraße.

Weststadt: „Zum Drachener“, Uhlandstraße.

Mühlburg: „Hirsch“.

Genossen und Genossinnen! Findet euch zahlreich ein, je mehr sich beteiligen, desto leichter die Arbeit!

Zum Kapitel Wohnungsamt wird uns über einen geradezu unverständlichen Vorgang berichtet. Eine Familie von vier Köpfen zog vor dem Kriege nach Baden-Baden. Nun hat der Familienvater in Karlsruhe Arbeit genommen und will natürlich seine Familie hierher kommen lassen. Der Anfall will es, daß eine hiesige, ebenfalls vierköpfige Familie nach Baden-Baden zu ziehen gezwungen ist und die beiden Familien kamen dahin überein, die bis jetzt imgepachteten Wohnungen einfach zu vertauschen. Aber dem noch Baden-Baden lebenden wurde vom Finanzministerium die Vertauschung der Vereinbarung nicht gestattet, seine Familie muß also hier wohnen bleiben. Jede Familie ist also auf einen doppelten Haushalt angewiesen, was in heutiger Zeit eine kostspielige Sache ist. — Es wäre wirklich recht interessant, die Gründe zu hören, die das Finanzministerium bewegen haben, zu ihrem uns und nachteilig noch diesen unverständlichen Standpunkt zu kommen. Aufhebung der Postverkehrsbeschränkungen nach Südbayern. Die Beschränkungen im Post-, Telegraphen- und Fernspreverkehr mit Südbayern sind von heute ab aufgehoben.

Seine Frau angezündet. Der Lagerarbeiter Friedrich Anker überholte seine von ihm getrennt lebende Ehefrau, als diese ihre Wohnung verließ, mit Benzol und zündete die Frau an. Die Frau erlitt lebensgefährliche Brandwunden.

Sozialdemokratische Partei. Die Mitgliedschaften des Amtsbezirks Durlach können morgen Freitag mittag im Gasthaus z. B. „Lamm“ de Stimmzettel für die Kreis- und Bezirksratswahlen abholen.

Briefkasten der Redaktion.

2. Sam. Ja, die Verwandtschaft ist ein geschliches Hindernis. Straßenbahner K. Sie wenden sich am besten an Herrn Landeswohnungsinspektor Dr. S. Kampffmeyer, Landeswohnungsamt (Ministerium).

Nr. 103. Erwerbslosenunterstützung ist beim Bürgermeisteramt zu beantragen. Der Arbeitslose hat sich den Kontrollvorschriften zu unterwerfen. Ihr Antrag wird wahrscheinlich abgelehnt werden, da Sie den Antrag nicht rechtzeitig gestellt und sich den Kontrollvorschriften nicht unterworfen haben.

Sp. Baden-Baden. Ihre Darstellung ist unklar; Sie sprechen von einem Ehevertrag; Sie wollen aber jedenfalls sagen, daß ein Testament nicht vorhanden ist. In diesem Falle erben, wenn die verlebte Frau ihren Ehepartner und ein Kind hinterläßt, Mann und Kind. Kinder, die zur Zeit des Todes der Mutter bereits gestorben waren, können die Mutter selbstverständlich nicht beerben. Waren also lebende Kinder zur Zeit des Todes des Erblassers nicht vorhanden, so erbt der Mann und neben ihm die Eltern und Geschwister der Verstorbenen. Der Ehegatte erhält jedoch, wenn erberechtigte Kinder nicht vorhanden sind, alle zum ehelichen Haushalt gehörenden Gegenstände, soweit sie Eigentum der Verstorbenen waren, als Voraus. Sind solche oder Abfindungen davon nicht vorhanden, so erbt der Mann allein.

2. R. i. R. G. 1. Sie sind natürlich einkommensteuerpflichtig. Maßgebend für die Veranlagung zur Einkommensteuer ist der Stand des Einkommens vom 1. April 1919; Steuerungsanlagen sind als Lohn zu betrachten, und mithin steuerpflichtig; 2. die Frage ist zu allgemein gehalten, als daß sie im Briefkasten beantwortet werden könnte.

Berichterstatter: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Beilagen Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luffenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Metallarbeiter-Jugend Gaggenau, Samstag, den 17. Mai 1919, abends 8 Uhr, findet im Lokal „Hessenschloß“ eine wichtige Versammlung mit Vortrag statt. Thema: Heinrich Heine. In dieser Veranstaltung haben wir die gesamte Metallarbeiter-Jugend Gaggenau und Umgebung, sowie auch deren Eltern, herzlich ein. Der Leiter der Arbeiter-Jugend.

Für Ia Schmierseife

stark schäumend, Preisveränderung, werden Großabnehmer, Vertreter, Händler gesucht 3531

Gebr. Würzburger

Bismarckstr. 20, (Baden).

Zu verkaufen

ein hölzerner Waschkübel und sonstiges. 3547

Zu verkaufen:

1 Post- u. 1 Lichtbildapparat, 1 Partie Holz, Lack, Meißel und andere Stiefel, sowie verschiedene Hausart.

Verkauf Freitag, den 16. ds. Mts., vormittags von 10 bis 12 Uhr. 3538

Koch,

Luffenstr. 20, partierre

Mandolinen, Gitarren, Zithern

werden fortwährend angekauft in 2512

Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft,

Kronenstr. 52, Tel. 3747

Staubsaugmaschinen der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Centa Brandl, Dienstmädchen ledig, alt 22 1/2.

Bouline Köpfl, alt 39 1/2, Ehefrau von Richard Köpfl, Kaufmann. Karol. Althaus, Privat, ledig, alt 36 Jahre.

Franz Wiesler, Schloffer, Witwer, alt 71 1/2. Letzte Damburger, alt 63 Jahre, Witwe von Fredr. Damburger, Automobilführer.

Maria Reich, Dienstmädchen, alt 17 1/2. Emilie Schupp, alt 74 Jahre, Witwe von Julius Schupp, Kaufmann.

Staubsaugmaschinen der Stadt Durlach

Geburten. Erich, Vater Alois Gerhart, Magaziner.

Geburten. Erich, Vater Christoph Dünkel, Schreiner, und Anna Magdalena Christiane Hefenbacher.

Erbeerbfälle. Heinrich Jakob Kiefer, Landwirt, Ehegatte, 69 Jahre alt.

Widow. 15 Monate alt, Vater Georg Michael, Metzger, Wetzlar.

Mieterschutz und Maßnahmen gegen Wohnungsmangel.

1. Wer eine Wohnung oder einzelne Wohnräume, möbliert oder unmöbliert zu vermieten hat, ist verpflichtet, dies beim Wohnungsamt anzumelden; nach Vermietung ist die Wohnung abzumelden.

2. Die Vermietung, Ueberlassung und Ingebrauchnahme von benutzten und unbewohnten Wohnungen und Räumen zu Wohnzwecken ist nur mit vorheriger Zustimmung des Wohnungsamtes zulässig. Bestimmungen ohne die erforderliche Zustimmung sind rechtsunwirksam.

3. Die Vermieter von Wohnräumen können ein Mietverhältnis rechtsunwirksam nur mit vorheriger Zustimmung des Einigungsamtes kündigen.

4. Die Vermieter von Wohnräumen sind verpflichtet, bei Abschluß eines Mietvertrages mit einem neuen Mieter eine Mietzinsfestsetzung unversichtlich beim Wohnungsamt anzumelden. Ungerechtfertigte Mietpreise werden auf Antrag des Wohnungsamtes durch Entziehung des Mietzinszwanges beseitigt.

5. Räume, die bis zum 1. Oktober 1918 zu Wohnzwecken bestimmt oder benutzt waren, dürfen nur mit Zustimmung des Wohnungsamtes zu anderen Zwecken, insbesondere als Lager-, Dienst- oder Geschäftsräume, verwendet werden.

6. Hat das Wohnungsamt dem Verfügungsberechtigten für eine Wohnung einen Wohnungssuchenden bezeichnet und kommt zwischen ihnen ein Mietvertrag nicht zustande, so legt auf Anrufen des Wohnungsamtes das Einigungsamt, falls für den Verfügungsberechtigten kein unüberhältnismäßiger Nachteil zu befürchten ist, einen Mietvertrag fest.

Karlsruhe, den 12. Mai 1919. 3548

Der Stadtrat.

Auf die Tagesordnung der auf Freitag, den 16. Mai d. J. einberufenen Sitzung des Bürgerausschusses ist weiter gesetzt:

3. Errichtung einer ständigen neuen Dienststelle (Vorstand des städtischen Mißamts) und Anstellung des Dr. Bernhard Seiboff als Vorstand des städt. Mißamts und Geschäftsführer der Karlsrüher Mißversorgung G. m. b. H. (Nr. 28).

Karlsruhe, den 14. Mai 1919. 3530

Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

Die Kriegsanterstützungen für die 2. Hälfte des Monats Mai 1919 werden, soweit noch Berechtigungen zum Bezug bestehen, nach Maßgabe der Nummern der Unterstützungsbescheide in folgender Reihenfolge ausbezahlt:

Donnerstag 15. Mai 1919 die Nummern 1 bis mit 5000

Freitag, 16. 1919 5001 10000

Samstag 17. 1919 10001 13000

Montag, 19. 1919 13001 Schluß

Die Auszahlung wird in den Geschäftsräumen des Kriegsanterstützungsamtes Rinkel 40/42, 3. St., Zimmer Nr. 10, jeweils von vorm. 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr mittags vorgenommen. 8117

Zur Erzielung einer geordneten und raschen Auszahlung muß dringend darauf bestanden werden, daß die Unterlagen über die berechtigten Reihenfolge genau einhalten.

Karlsruhe, den 13. Mai 1919. 3524

Das Bürgermeisteramt.

Diwans!

neue, in Blau, Tafeln und Stoffbezug, darunter noch in Qual., in bekannter Qualität.

Volkerer R. Köhler, Schützenstraße 25. 3507

Schöne Wollblusen

(Friedensware) sowie auch seidene und Wollblusen sehr preiswert zu verkaufen.

Waldstr. 75, 3. St. 3517

Versilbern

von Tafel-Geräten, Tafel-Aufsätzen, Leuchtern und allen anderen Metall-Gegenständen.

Chr. Friedrich Müller

Ruppurrerstrasse 32.

Erstklassiger Ölwech-Krem

Die Stiefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.

Budower Schwennigen

Die Stiefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.

Budower Schwennigen

Die Stiefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.

Budower Schwennigen

Die Stiefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.

Budower Schwennigen

Die Stiefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.

Budower Schwennigen

Die Stiefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.

Budower Schwennigen

Die Stiefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.

Budower Schwennigen

Die Stiefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.

Budower Schwennigen

Die Stiefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.

Budower Schwennigen

Die Stiefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.

Budower Schwennigen

Die Stiefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.

Budower Schwennigen

Die Stiefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.

Budower Schwennigen

Die Stiefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.

Budower Schwennigen

Die Stiefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.

Budower Schwennigen

Die Stiefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.

Budower Schwennigen

Die Stiefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.

Budower Schwennigen

Die Stiefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.

Budower Schwennigen

Die Stiefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.

Budower Schwennigen

Die Stiefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.

Budower Schwennigen

Die Stiefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.

Budower Schwennigen

Die Stiefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.

Neu eingetroffen!

Fleischhackmaschinen

Buttermaschinen

Wand u. Tisch-Kaffeemühlen

Waffeleisen

Geätzte Literwaße

Bergzinkte ovale Wannen

Bergzinkte Eimer

Bergzinkte Waschkübel

Einkochapparate

Einkochgläser

Emallietöpfe

Reißelisen 3537

bei Eisenhandlung

L. F. Werner,

Gaggenau.

Behrling

für Maler- und Lackergeschäft wird angenommen.

Gebr. Kappler,

Kudolfsstraße 18.

Friseurlehrling.

Gefundener, eifriger und fleißiger Junge kann unter günstigen Bedingungen sofort eintreten bei

3507

Aug. Birk,

Herren- u. Damenfriseur, Karlsruhe, Poststraße 19.

Deutscher Kaffee

sehr Kaffee-Ertrag, im Geschmack wie Vögelkaffee, werden Großabnehmer, Vertreter, Händler gesucht. 3532

Gebr. Würzburger

Bismarckstr. 20, (Baden).

Häuser

mit und ohne Geschäfte sowie Liegenschaften aller Art zu verkaufen durch das

Liegenschaftsbüro

M. Busam,

Karlsruhe, Herrenstr. 83.

Telephon 5580.

Mützen,

jeder Art, und dazu gegebenem Stoff und Futter, werden schnell und billig angefertigt. 3441

Meinzer, Wilmstr. 7,

2. Stod, Seitenbau.

Gesangverein Kadenta

G. V.

Wir laden unsere verehrten Vereinsmitglieder zu dem im Jahresprogramm vorgesehenen

Maiausflug

am Sonntag, den 18. ds. Mts., höchst ein.

1. Abteilung, Abfahrt vom Altbahnhof morgens 9 1/2 Uhr nach Schöllbrunn „Sonne“.

Graf Alenaweg, Sonne Ettlingen, Rückfahrkarte Löwen.

2. Abteilung, Abmarsch vom Zwölfi um 1/2 Uhr durch den Durlacher Wald, Ludwigswald, Sonne Ettlingen.

Dahelbst Gesang u. Tanz. Mundvortrag mitnehmen.

Um zahlreiche Beteiligung bitten

3545

Der Vorstand.

„Victoria“

nur diese Gummiabfüßung verwendet der einflussreiche Radfahrer. An Kraft unübertroffen. Die nächste Verkaufsstelle wird mitgeteilt durch den Engros-Vertrieb:

3538

Wfred Sijder, Karlsruhe 30

Spezial-Gummi-Verarbeitung

(im Striege Sachverständiger der Stadt Karlsruhe für die Gummi-Annahme).

Kopfschuppen

(Schuppen). Saarsaunfall befestigt unter Garantie mein Kräuterhaarschampoo. 31. 16. 3. Anerkennung u. Dankschreiben.

Drogenhaus 2142

S. Vocatus, Berlin N.

Schönhauser Allee 182.

Mützen,

jeder Art, und dazu gegebenem Stoff und Futter, werden schnell und billig angefertigt. 3441

Meinzer, Wilmstr. 7,

2. Stod, Seitenbau.

# Badener

## schützt Eure Heimat, meldet Euch als Freiwillige für die badische Reichswehrbrigade.

Gediente und Ungediente können eintreten, wenn sie das 17. Lebensjahr vollendet haben. Minderjährige bedürfen der schriftlichen Erlaubnis der Eltern. Gebraucht werden: Infanteristen, M.-G.-Schützen, Feld- und Fußartilleristen, Kavalleristen, Pioniere, Fernsprecher, Funker, Winter-, Kraftwagenführer, Gebirgsartilleristen, Fahrer und Handwerker.

### Gebührenliste:

- a) Mobile Wohnung nach Dienstgraden.
- b) Reichswehrzulage von täglich 3 M.
- c) Eventuelle Kampfszulage von 2 M. täglich.
- d) Wohnungszuschüsse für Familien ohne Kinder täglich 1,65 M. mit 1 Kind 2,65 M. für jedes weitere Kind täglich 1 M. mehr.

Freie Bekleidung und Verpflegung. Verheiratete können ihr Verpflegungsgeld von 2,70 Mark täglich ausgezahlt erhalten. Erstmalige Verpflichtung auf 3 oder 6 Monate, nach einm. Monat Probezeit. Jährlich 14 Tage Urlaub. Freies Aussehen der in badischen Garnisonen untergebrachten Truppenteile. Sonstige Bedingungen und Meldungen, schriftlich oder mündlich, bei der

**Werbestelle für die badische Reichswehr**  
Durlach, Friedrichschule, Telefon 472  
Gausböcker, Hauptmann. 3541

Für die Instandsetzung der Grenadierkaserne hier sollen im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden:

A. Anstreicherarbeiten: rd. 20000 qm Staffarbene anstrich der Wände und Decken, rd. 3000 qm Leimfarbenanstrich für desgleichen, rd. 2000 qm Deckfarbenanstrich (Sodafarbenanstrich);

B. Mauerarbeiten rd. 8500 qm, Putzaufbesserungen, Einfl. Dichtung der Materialien und Vorfaltung aller Geräte.

Angebote sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift bis zum Dienstag, den 20. ds. Mts., vormittags 11 Uhr postfrei an das Militär-Bauamt, Karlsruhe, Karlsruferstr. 21 einzuliefern. Der Bedingungen liegen die für Militärbauten gültigen Bedingungen und Vorschriften zu Grunde.

Militär-Bauamt  
Karlsruhe. 3538

**Z. V. V.**  
Zentral-Verband der Handlungsgehilfen  
Büro: Erbprinzenstr. 17.  
Unsere Mitglieder aus der Versicherungsbranche werden gebeten an der am Donnerstag, den 16. Mai im „Friedrich-Hof“ stattfindenden Versammlung des Verbandes der Versicherungsbeamten teilzunehmen.  
Der Vorstand.

**Bad. Rote Geld-Lotterie**  
1 Treffer im günstigsten 8257 Felle  
**20000 M.**  
1 Hauptgewinn  
**15000 M.**  
zus. 3264 Geldgew. u. 1 Prämie  
**37000 M.**  
Loss je 1 Mark, Porto 2. Liste 45 Pfg. empf. Lotterie-Untern.  
**J. Stürmer**  
Mannheim D 1, 1  
Karlsruhe: Fr. Pecher,  
Kirkel 80, Carl Götz,  
Hebelstr. 11/15.

**J. Hartmann**  
Karlsruferstr. 22, St. 2. St., empfiehlt 3701  
**Moderne Wägen**  
in Seide, Füll und Wolle,  
**Sportjachen, Kostüme**  
**Wägen Preise.**

**Freikorps Hülsen** sucht 3083

## Freiwillige aller Waffen

— Bekannte Bedingungen —  
Militärpapiere mitbringen

Zu melden:  
**Hauptwerbeamt Durlach in Baden**  
Hauptstraße 92 (Gasthaus z. grünen Hof).  
Rittmeister Baumeister.

## Festhalle Durlach.

Freitag, den 16. Mai, nachmittags 3 Uhr  
**öffentliche Volks-Versammlung**

Tagesordnung:  
**„Die Einigung des Proletariats“.**  
3525 Der Aktionsausschuss.

## Soziald. Partei Beiertheim.

Freitag, den 16. Mai, abends 8 Uhr, im Gasthaus am „Eben“  
**Öffentl. Wähler-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
**Die Gemeinde-, Bezirks- und Kreisabgeordnete-Wahlen.**  
Referenten: Frau Stefanie Kiefer aus Karlsruhe und Redakteur Anton Weikmann, Mitglied des bad. Landtags.  
Wir laden hierzu die Wählerinnen und Wähler freundlichst ein und bitten um zahlreiches Erscheinen. Parteigenossen! Sorgt für guten Besuch. 3539

## Sozialdem. Partei Rastatt.

Freitag, den 16. Mai, abends 7/8 Uhr,  
Gasthaus „Drei Mohnen“ (Rheinau):  
**Wähler-Versammlung.**  
Thema: 8486

## „Die Gemeindevahlen“.

Referent: Neller, Mitgl. d. Rat.  
Freie Diskussion! Freie Diskussion!

# Soolbäder Friedrichsbad

zur Anregung der Hauttätigkeit von ärztlicher Seite gerne und häufig empfohlen gegen sämtliche Formen der Scrofulosia, wie sie sich durch Hautausschläge, Geschwüre, Knochenauftreibungen, Drüsenanschwellungen und Augenerkrankungen darbieten; ebenfalls gegen Rhachitis und Bleichsucht der Kinder. im

**Unabh. Soz. Partei Karlsruhe.**  
Samstag, 17. Mai, abends 8 Uhr, im großen Saale der Festsalle.

## Bolks-Versammlung

Tages-Ordnung:  
**Gewalt- oder Rechtsfrieden.**  
Arbeiter und Arbeiterinnen, Bürger und Bürgerinnen,  
**erscheint in Massen!**  
Zur Deckung der Tageskosten werden Eintrittskarten à 20 Pfennig ausgegeben. Der Vorstand.

## Staatsbeamte! Gemeindebeamte! Technische Angestellte!

Am Freitag, den 16. Mai, abends 8 Uhr, findet im Restaurant „Grünwald“, Ede Rappurter- und Kriegerstraße, eine  
**Öffentliche Versammlung**  
statt, in der Eisenbahnsekretär Otto Beeh und Büroassistent Böhringer über:  
**„Die Bedeutung der Gemeindevahlen“**  
sprechen werden.  
Die städtischen Beamten und Angestellten, sowie die Staatsbeamten, sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen. 3528  
Freie Aussprache.  
Sozialdemokratisches Wahlkomitee.

## Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter Filiale Karlsruhe.

Freitag, den 16. Mai, abends 7 Uhr, findet im Saale der „Gewerkschafts-Zentrale“, Kaiserstraße 18, eine  
**Mitglieder-Versammlung**  
mit folgender Tagesordnung statt:

1. Vortrag des Herrn Stadtverordneten G. Schwert über:  
**„Die Gemeindevahlen und ihre Bedeutung für die städtischen Arbeiter“.**
  2. Aufstellung eines Delegierten zum Gewerkschafts-Kongress.
  3. Bericht über den Tarifabschluss durch unseren Gewerkschafts-Karlsrufer.
  4. Allgemeines.
- Wir machen die Kolleginnen und Kollegen auf die Wichtigkeit der Tagesordnung aufmerksam und erwarten zahlreiches Erscheinen aller Sektionen. 3544  
Die Ortsverwaltung.

## Kraftfahrer

Samstag, den 17. Mai, abends 7/8 Uhr, in der „Gambriunshalle“, Erbprinzenstraße 30  
**Versammlung**  
mit folgender Tagesordnung:

1. Beratung über den Entwurf eines Tarif-Vertrages mit sämtlichen Arbeitgebern.
  2. Verschiedenes.
- Hierzu laden wir sämtliche in Karlsruhe und Umgebung beschäftigten Personen- und Kraftwagenführer ebenso dringend wie herzlich ein.  
Auch diejenigen Kollegen, die zur Zeit andere Arbeit verrichten, sind willkommen.  
Sektionsleitung.

## Städtisches Konzerthaus.

Donnerstag, den 15. Mai 1919.  
Vorstellung des Badischen Landestheaters.  
Donnerstagsmiete Nr. 32.  
**Martha**  
oder: 3540  
**Der Markt von Richmond.**  
Oper in 4 Aufzügen von W. Friedrich. Musik von Friedrich von Flotow.  
Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

## Volkshandlung der sozialdem. Partei

befindet sich jetzt Adlerstraße 16!

## Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe Lsg. Nr. 12: 3 a 08 qm mit Gebäuden, Waldhornstraße 25. Schätzung: 128000 Mark. Wert des Zusehlers 6400 Mark.  
Versteigerungstermin: Montag, den 8. September 1919, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Akademiestraße 8.  
Mündliche Zustunft gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 10. Mai 1919. 3521  
Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

## Städt. Schwimm- und Sonnenbad Karlsruhe

Beim Elektrizitätswerk am Rheinhafen.  
Eröffnung am Mittwoch, den 14. Mai 1919.  
**Getrennte Sonnenabteilungen f. Männer u. Frauen**  
Täglich geöffnet von morgens 7 1/2 Uhr bis abends 7 1/2 Uhr. Kassenabschluss eine halbe Stunde vor Schluss der Badezeit.  
An Sonn- und Feiertagen wird die Anstalt eine Stunde früher geschlossen.  
Das Schwimmbad ist benutzbar:

- a. für Frauen von 10-11 vormittags und 2-4 1/2 Uhr nachmittags. Dienstags außerdem von 5 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends.
  - b. für Männer von 8 1/2-10 Uhr vormittags; von 11-2 Uhr mittags und von 4 1/2-7 1/2 Uhr abends. Dienstags nur von 4 1/2-5 1/2 Uhr nachmittags.
- Badeselten zu ermäßigten Preisen (Volkswadeselten) sind:
- a. für Frauen und Mädchen Dienstag nachmittags von 2-4 1/2 Uhr und 4 1/2-7 1/2 Uhr.
  - b. für Männer und Knaben Mittwoch und Samstag von 4 1/2-7 1/2 Uhr.
- Gemeinschaftliche Wabe- und Raschläufe für Hin- und Rückfahrt auf der städtischen Straßenbahn und für Benutzung des Schwimm- und Sonnenbades giltig sind in Hefen zu 10 Scheinen zum Preise von M. 5.50 bei den Verkaufsstellen für Raschläufe, sowie an der Kasse des Schwimm- und Sonnenbades und des Bierordbads erhältlich. 3474

## Fässer-Verkauf.

Folgende bisher zu Marmeladezwecken verwendeten Fässer sind zu verkaufen:  
450 Del- und Weinfässer von ca. 200 Liter Inhalt  
130 Bier- u. Weinfässer von 200 bis 1000 Liter Inhalt  
360 Bier- u. Weinfässer von 1000 und mehr Liter Inhalt.  
Die Fässer lagern auf dem Gelände des städtischen Schlachthofes und des städt. Krankenhauses in Karlsruhe und in der Einlochtstraße in Mannheim (Weinengasse). Wegen Verschickung der Fässer in Mannheim wende man sich an Weingartner Herr in Mannheim. Außerdem werden im städtischen Krankenhaus abgegeben  
50 Ständer u. ca. 200 Liter Inhalt zu Gartenfässern geeignet  
Angebote auf einzelne Fässer, auf Partien oder auf sämtliche Fässer sind bis Mittwoch, den 24. Mai ds. Jrs. schriftlich bei uns einzureichen, wobei auch die Verkaufsbedingungen zur Einsicht anzulegen. Die Verteilung des Zuschlages bleibt ausdrücklich vorbehalten. 3523  
Karlsruhe, den 12. Mai 1919.  
Städt. Arealverwaltungsamt  
(Krankenhausbauverwaltung).

## Pferdefleischarten.

In der Zeit vom Freitag, den 16., bis einschließl. Mittwoch, den 21. Mai werden mehrere Anmeldungen zum Bezug von Pferdefleisch entgegengenommen und zwar:

- am Freitag, den 16. Mai 1919 für die äußere Oststadt (Stlich des Durlacher Tors) und für Rintheim;
- am Samstag, den 17. Mai 1919 für die innere Oststadt (nur von 9-11 Uhr);
- am Montag, den 19. Mai 1919 für die Südstadt, Viertelheim, Rappurter;
- am Dienstag, den 20. Mai 1919 für die West- und Südweststadt;
- am Mittwoch, den 21. Mai 1919 für Grünwinkel, Mühlburg und Daglanden.

Die Anmeldung hat persönlich unter Vorlegung eines vorgegedruckten Formulars an Schalter 2 der Kartensstelle zu erfolgen.  
Formulare werden an Schalter 1 der Kartensstelle abgegeben.  
Die Ausgabe der Pferdefleischarten erfolgt sofort bei der Anmeldung.  
Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß die Pferdefleischarten nur an den obengenannten Tagen zur Ausgabe gelangen.  
Karlsruhe, den 14. Mai 1919. 3534  
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

## fleisch.

Zu den laufenden Wochen kommen zur Verteilung: 100 g Fleisch gegen 1/10 Fleischmarken und 50 g Würst gegen 1/10 Fleischmarken.  
Karlsruhe, den 14. Mai 1919. 3534  
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

## Bohnenstücken

zu verkaufen. 3534  
Rintheim, Hauptstraße 56.